

BID – Medieninformation vom 02.05.2013

BID: FDP fordert Entschärfung bei den geplanten Auflagen in der Energieeinsparverordnung (EnEV)

- **Die geplante EnEV bringt höhere Baukosten und Mietpreise mit sich**

Berlin – „Wenn sich die Anforderungen in der Energieeinsparverordnung wie geplant um 25 Prozent bis 2016 verschärfen, wird sich dies unweigerlich in den Baukosten bemerkbar machen und letztendlich auch höhere Mietpreise verursachen. Das hemmt nicht nur die Investitionsbereitschaft in den Neubau sondern trägt auch nicht dazu bei, dass mehr bezahlbarer Wohnraum, wie ihn die Politik fordert, entsteht. Der Kompromissvorschlag der FDP ist daher ein erster Schritt in die richtige Richtung im Sinne des Wirtschaftlichkeitsgebots“, kommentiert Walter Rasch, Vorsitzender der BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland und BFW-Präsident, den Vorschlag der FDP.

In Deutschland gibt es insbesondere in den wachsenden Regionen einen zunehmenden Bedarf an bezahlbarem Wohnraum, der nur über den Neubau gedeckt werden kann. Besonders kritisch hat die BID daher stets die geplante Verschärfung des Effizienzstandards für Neubauten in zwei Stufen um jeweils 12,5 Prozent bis 2016 moniert.

„Mit der Vertagung der abschließenden Bauberatung zur Energieeinsparnovelle hat die FDP in der letzten Woche einen mutigen und ebenso richtigen Schritt getan“, erklärt Rasch. Die deutsche Immobilienwirtschaft engagiere sich unter Berücksichtigung des Wirtschaftlichkeitsgebotes sowie der Wahrung sozialverträglicher Lösungen bereits stark, ihren Anteil zum Gelingen beizutragen. Es bedürfe daher auch einer Novellierung der Energieeinsparverordnung, die es erlaube, gesetzliche Anforderungen technisch und wirtschaftlich umsetzen.

Die BID fordert die Länder nun auf, den Vorschlag bei Ihrer nächsten Sitzung im Bundesrat zur Energieeinsparnovelle zu berücksichtigen und im besten Fall auf jegliche Verschärfungen zu verzichten. Auch richtet sich dies als Appell an die Fraktionen im Deutschen Bundestag.

In der BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland arbeiten die Verbände BFW, BVI, DDIV, GdW, IVD, vdp, VGF und ZIA zusammen, um mit gebündelten Kräften gemeinsam inhaltliche Positionen effektiver in der Öffentlichkeit zu vertreten. Mit der BID steht der Politik und anderen Wirtschaftszweigen sowie weiteren Verbänden ein unterstützender und durchsetzungsfähiger immobilienwirtschaftlicher Partner zur Seite. Weitere Informationen über die BID finden Sie im Internet unter www.bid.info.

Geschäftsführender Verband:

BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e.V.
Kurfürstendamm 57
10707 Berlin

www.bid.info

Ansprechpartner:

Dennis Beyer
Pressesprecher

Tel. +49 (0)30 32781 - 110
Fax +49 (0)30 32781 - 299

E-Mail: presse@bid.info

www.bid.info

Die Mitglieder der BID:

BFW Bundesverband
Freier Immobilien- und
Wohnungsunternehmen

BVI Bundesfachverband der
Immobilienverwalter

Dachverband Deutscher
Immobilienverwalter (DDIV)

GdW Bundesverband deutscher
Wohnungs- und
Immobilienunternehmen

Immobilienverband Deutschland
IVD
Bundesverband der
Immobilienberater, Makler,
Verwalter und Sachverständigen

Verband deutscher
Pfandbriefbanken (vdp)

VGF
Verband Geschlossene Fonds

ZIA
Zentraler Immobilien Ausschuss